

(Abg. Gäbel.)

(A) über Lohnforderungen und schließlich in der Gestaltung der Arbeitszeit beseitigt werden und daß den Arbeitern dort durchgreifende Hilfe gewährt wird. Wir verlangen deshalb, daß diese entlassenen, auf die Straße gesetzten Arbeiter unter allen Umständen wieder eingestellt werden. Wir verlangen deshalb, daß entsprechend den festgelegten Bedingungen auch die Betriebsräte, die nur im guten Recht gehandelt und von ihrer Koalitionsfreiheit Gebrauch gemacht haben, wieder eingestellt werden. Wir verlangen insbesondere, daß Arbeitsmethoden Platz greifen, die die Gesundheit der Arbeiter nicht in Frage stellen, sondern dem Arbeiter gewährleisten, daß er seine Arbeit länger, als das bis jetzt in der Regel der Fall gewesen ist, dem Staate zur Verfügung stellen kann.

Wir wollen mit dem Antrag aber weiter erreichen, daß mit der Praxis, die die Koalitionsregierung gegenüber den staatlichen Arbeitern bis jetzt angewendet hat, endgültig Schluß gemacht wird, und die Arbeiterschaft verlangt von diesem Landtage, der sich in seiner Mehrheit aus Sozialdemokraten und Kommunisten zusammensetzt, daß er die Handlungen der Koalitionsregierung korrigiert und den Arbeitern die Koalitionsfreiheit als Mindestrecht wieder herstellt. Das ist das Mindeste, was die Arbeiter verlangen. Das ist das Mindeste, was auch wir durch unseren Antrag vom Landtage verlangen können. (Bravo! b. d. Komm.)

**Stellvertretender Präsident Dr. Hübschmann:** Zur Begründung von Punkt 5 der Tagesordnung, der **Anfrage auf Drucksache Nr. 1529**, hat das Wort Herr Abg. Berg.

**Abgeordneter Berg:** Meine Damen und Herren! Wir haben zu demselben Gegenstande unter dem 6. November eine Anfrage gestellt, nicht etwa, um uns in den Streit über die Lohnhöhe in den beiden Betrieben, die bestritten wurden und in denen dann in Aussperrung eingetreten werden mußte, einzumischen, sondern weil wir glauben, daß der Landtag ein Interesse daran haben muß, von der Regierung zu erfahren, welche Schritte sie unternommen hat, um die Staatsbetriebe, die doch immerhin erhebliche Mittel erfordern, vor dem Zusammenbruche zu retten.

(B) Ich beziehe mich dabei auf eine Mitteilung, die aus der Sächsischen Staatskanzlei stammt, in der festgestellt worden ist, daß der Streik zunächst als völlig wilder bezeichnet werden muß, weil durch Schiedspruch festgelegt war, daß die Löhne, um die es sich angeblich handeln soll, bis zum 17. Oktober dieses Jahres Geltung hatten. Es ist also ganz undenkbar, daß nach einem zu Recht erfolgten Schiedspruch, der die Löhne in den beiden Betrieben bis zum 17. Oktober festgelegt hatte, bereits im September in Streit getreten werden konnte, und wir müssen doch schließlich fragen: Wenn das selbst in Staatsbetrieben, die ja letzten Endes unter der Leitung des Finanzministeriums stehen zum Ausbruch kommen muß, dann müssen die Verhältnisse doch ziemlich weit gediehen sein! Denn nachdem der Finanzminister Dr. Reinhold gerade von der linken Seite des Hauses mehr gelobt wird wie von der rechten Seite, muß man annehmen, daß er erst dann alle erforderlichen Maßnahmen eintreten läßt, wenn es wirklich nicht mehr anders geht. Wir haben fast das Gefühl, daß diese beiden Betriebe, Muldenhütten und Halsbrücke, zum Teil schon ein Opfer der Zeit, vielleicht aber auch schon vorher ein Opfer der staatswirtschaftlichen Unrentabilität gewesen sind. Wir möchten deshalb besonders die Regierung ersuchen — das ist der Zweck unserer Anfrage —, dem Landtage

mitzuteilen, welche Schritte unternommen worden sind, (C) um dort rechtzeitig Maßnahmen eintreten zu lassen, die weiteren Schwierigkeiten und einem weiteren Kaputtgehen der Betriebe vorbeugen sollten.

Es ist uns bekannt, daß in den beiden Betrieben, die doch bis zu einem gewissen Grade als lebensnotwendig zu bezeichnen sind, nicht der Versuch gemacht worden ist, durch vorhandene Einrichtungen, deren der Staat sich hätte bedienen können, durch die Technische Nothilfe, Vorkehrungen zu treffen, um eine Stilllegung der Ofen zu vermeiden. Aus den Mitteilungen der Staatskanzlei ist ersichtlich, daß durch die Angestellten und Beamten der Betrieb zunächst notdürftig aufrecht erhalten werden konnte, daß aber nicht alles getan worden ist, — das geht aus dem Bericht hervor, — um die Betriebe vor der Stilllegung zu bewahren.

Es hat doch eine erhebliche Bedeutung, wenn in solchen Werken, in denen viele Hundert Arbeiter beschäftigt werden, die Ofen nach und nach lahmgelegt werden müssen. Die Lahmlegung der Ofen wird nie dazu führen können, daß man sie am nächsten Tage wie Küchen- oder Stubenöfen wieder anfeuert, um die Leute sofort beschäftigen zu können.

Wir fragen die Regierung: Warum ist in diesem Falle, der doch kein einfacher gewöhnlicher Fall ist, wo es sich nicht um Profitinteressen eines Privatunternehmers handelt, sondern wo es sich um die Staatsgelder handelt, die wir aufzubringen und zu bewilligen haben, warum ist hier die Technische Nothilfe nicht eingesetzt worden?

Auf die Ausführungen der Herren Kommunisten brauchen wir nicht einzugehen. Wir werden abwarten, welche Erklärung die Regierung abzugeben hat, und werden uns vorbehalten, auf den Gegenstand zurückzukommen. (Zuruf b. d. Komm.) (D)

**Stellvertretender Präsident Dr. Hübschmann:** Wir treten in die Aussprache ein.

**Abgeordneter Tempel:** Meine Damen und Herren! Zu dem Antrage der Kommunisten und zu der Anfrage der Deutschnationalen, die hier gestellt worden sind, ist es nötig, daß man einmal den Streik in seiner ganzen Auswirkung kurz schildert. Dabei wird sich herausstellen, daß die Voraussetzung der Deutschnationalen und der Kommunisten recht falsche waren. Es berührt eigenartig, daß die Deutschnationalen, die immer der Staatswirtschaft den heftigen Widerstand entgegengeleitet haben, hier sagen: Warum hat man nicht alles getan, um die Betriebe vor der Stilllegung zu bewahren? Nach der Einstellung der Herren von rechts müßte es ihnen das Angenehme sein. (Zuruf rechts: Oho!) So liegen die Dinge doch nicht. Wir müssen hier öffentlich erklären, daß das, was dort die Direktoren der Staatsbetriebe gemacht haben, vorläufig von einer Regierungsmaßnahme zu trennen ist. Ich kann mir gar nicht denken, daß eine Regierung, sie kann heißen, wie sie will, mit den Maßnahmen, die dort getroffen worden sind, einverstanden sein kann, und ich glaube am allerwenigsten, daß Herr Finanzminister Dr. Reinhold mit den Dingen, die sich dort abgepielt haben, einverstanden ist. (Sehr gut b. d. Soz.) Hier sind Übergriffe und Mißgriffe der Direktion zu verzeichnen, und ich glaube, daß wir alle Ursache haben, hier daran Kritik zu üben und Mängel abzustellen. Ich habe das Gefühl und auch die Erwartung, daß die Regierung, sie mag heißen, wie sie will, ohne weiteres in dieser Beziehung unterstützen wird. Wir haben in den Hüttenbetrieben bis zum Jahre